

(Abgeordneter Schreiber.)

- (A) Zukunft bei der Anmeldung von Forstschäden nicht allzu rasch vorgehen darf, damit die Geschädigten eine angemessene Entschädigung für die ihnen erwachsenen Schäden bekommen.

Im übrigen stimme ich dem Antrage Träger bei.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Greulich.

- Abgeordneter Greulich:** Meine sehr verehrten Herren! Ich muß mich scharf gegen die Gründe wenden, die uns der Redner der Sozialdemokratie hier entgegengeschleudert hat. Es gibt in der Landwirtschaft Arbeiten, die können nicht bis zum letzten Augenblicke aufgeschoben werden, die müssen gemacht werden, auch wenn das Manöver kommt; es müssen die Ackerfurchen gegraben werden für die Saaten, die im Herbst bestellt werden. Das sind Arbeiten, die nicht ruhen können und nicht warten können, bis das Manöver vorbei ist, denn dann häuften sich die Arbeiten in den landwirtschaftlichen Betrieben so, daß sie überhaupt nicht bewältigt werden könnten. Diese Arbeiten müssen entschädigt werden, und man ist auch in der neueren Zeit dazu gekommen, daß man solche Schäden entschädigt. Aber daß, wie der Herr Abgeordnete von der Sozialdemokratie sagt, die Landwirte nur darauf ausgingen, Früchte zu bauen, damit sie dann entschädigt werden müßten, um dadurch einen großen Gewinn zu machen, das muß ich ganz entschieden scharf zurückweisen.
- (B)

Aber der Gedanke, der mich zum Reden geführt hat, ist noch ein anderer. Auch hier in dem Gesetze ist wieder wie im Expropriationsgesetze der große Fehler gemacht worden, daß alle Sachverständigen von der Amtshauptmannschaft oder vom Bezirksausschusse ernannt werden. Wenn die Leute selbst imstande wären, sich wenigstens einen Vertreter in die Kommission hinauszuwählen, so würde viel mehr Zutrauen und Verständnis für die Schätzungskommission vorhanden sein, als wenn alle Vertreter nur von der Amtshauptmannschaft oder den Verwaltungsbehörden gewählt werden. Mir ist es selbst so gegangen: ich bin von der Amtshauptmannschaft einfach beiseite geschoben und nicht wieder zugezogen worden, weil man annahm, daß ich zu gut entschädigt; wenigstens nehme ich an, daß das der Fall war. Das ist nicht gerecht, dadurch muß das Vertrauen der Leute leiden. Wenn hier Wandel geschafft würde, dann würden die Leute viel mehr Vertrauen zu den Entschädigungskommissionen haben, als es jetzt der Fall ist. Ebenso ist es beim Expropriationsgesetze. Daher kommt die große Unsicherheit und das geringe Vertrauen, das in die Kommission gesetzt wird, weil die Leute nicht im-

stande sind, sich selbst durch einen Sachverständigen vertreten zu lassen.

Ich bitte die Regierung deshalb, darauf hinwirken zu wollen, daß diesem Übelstande in der Weise abgeholfen wird, daß die Leute imstande sind, sich selbst einen Sachverständigen zu wählen. Er würde ja in der Minderheit bleiben und immer überstimmt werden, wenn er in seinen Entschädigungsansprüchen weit ginge; in der Regel sind es ja drei Herren. Aber schon das Gefühl, das die Leute haben, wenn sie sich selbst einen Vertreter wählen können, trägt viel dazu bei, ihre Wünsche zu befriedigen.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hettner.

Abgeordneter Hettner: Meine Herren! Das, was der Herr Vorredner zuletzt gesagt hat, ist ja ein Wunsch, der in der Petition nicht mit zum Ausdruck kommt, nämlich daß die Sachverständigenkommissionen anders zusammengesetzt werden. Wir haben in der Deputation darüber natürlich auch nicht gesprochen, weil es dort überhaupt nicht zur Sprache gekommen ist, und ich kann nicht sagen, ob dieser Wunsch Aussicht auf Erfüllung hat. Wenn der Herr Vorredner aber ausgesprochen hat, daß die Sachverständigen einseitig ausgewählt würden, so richtet sich dieser Vorwurf gegen die Bezirksausschüsse, also gegen die Selbstverwaltungskörper, und dann hat eben die Bevölkerung die Pflicht, dafür zu sorgen, daß in die Selbstverwaltungskörper Herren gewählt werden, die nicht in dieser Weise parteiisch verfahren. Ich möchte vorläufig Zweifel in die Tatsache setzen, ob denn auch wirklich solche parteiische Ernennungen von Sachverständigen stattfinden. Es ist ein sehr schwerer Vorwurf, den der Herr Vorredner gegen die Amtshauptmannschaften und Bezirksversammlungen erhoben hat, wenn er die Unparteilichkeit in dieser Beziehung anzweifelt. Aber, wie gesagt, das ist eine Frage, die an sich mit der Petition nichts zu tun hat, die sich zwar auf dasselbe Gesetz bezieht, aber hier nicht mit in Frage steht; hier haben wir es nur damit zu tun, ob Berufungen eingeführt werden sollen, und da möchte ich nur das eine sagen.

Der Herr Abgeordnete Schulze hat zur Begründung mit angeführt, daß die Gefahr bestehe, daß die Landwirte über das Maß hinaus Entschädigungen verlangten. Für diejenigen Mitglieder der Deputation, die der Sozialdemokratie nicht angehören und doch für das Botum der Deputation gestimmt haben, glaube ich hier versichern zu können — von mir weiß ich es —, daß ein solcher Gesichtspunkt nicht maßgebend gewesen ist, sondern wir sind einfach davon ausgegangen, daß wir, genau wie die Herren